

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	5
<b>A. Rechtliche Erfassung kommunaler Amtsblätter und Telemedienangebote . . . . .</b>	<b>11</b>
I. Ausgangsbefund: Konfliktfelder, Sachlage, Rechtsfragen . . .	11
1. Konflikt: Kritik an kommunalen Informationsangeboten . . .	11
2. Sachlage: kommunales Amtsblatt als Informationsquelle . . .	12
a) Themenspektrum erweiterter Amtsblätter . . . . .	13
aa) Mitteilungen zu Veranstaltungen . . . . .	13
bb) Bekanntgabe von Notdiensten . . . . .	14
cc) Nachrichten aus dem Gemeindeleben . . . . .	14
dd) Anzeigen und Werbung . . . . .	16
b) Informationsdefizite der Presse zum lokalen Geschehen . . . . .	18
c) Kooperation versus Konfrontation . . . . .	19
3. Klärungsbedarf: Beantwortung von Grundsatzfragen . . .	20
a) Referenzfall „Crailsheimer Stadtblatt II“ . . . . .	20
b) Referenzfall „Telemedienangebot der Stadt Dortmund“ . . . . .	22
c) Grundsätzliche Fragestellung . . . . .	23
II. Wettbewerbsrechtlicher Zugriff auf die Materie . . . . .	24
1. Heranziehung des UWG . . . . .	24
2. „Staatsferne der Presse“ als abstraktes Konkurrenzverbot . . .	26
3. Vermeintliche Referenzentscheidungen des BVerfG . . . . .	29
a) „Spiegel-Urteil“ des BVerfG . . . . .	29
b) BVerfG-Entscheidung „Postzeitungsdienst“ . . . . .	31
c) Rundfunkbeteiligung politischer Parteien . . . . .	32
d) „ZDF-Urteil“ des BVerfG . . . . .	33
III. Maßgeblichkeit der Kompetenzordnung und des Kommunalrechts . . . . .	35
1. Amtsblatt und Telemedienangebot als Kompetenzzwahrnehmung . . . . .	36
2. Unterscheidung zwischen Marktzugangsregelung und Marktverhaltensregelung . . . . .	38
3. Unbeachtlichkeit des Lauterkeitsrechts für den Marktzutritt . . . . .	40
IV. Konsequenzen für den zulässigen Rechtsweg . . . . .	41

<b>B. Zulässigkeit erweiterter kommunaler Amtsblätter und Telemedienangebote</b>	<b>45</b>
I. Kategoriale Einordnung von Amtsblatt und Telemedienangebot	45
1. Amtsblatt als kommunale öffentliche Einrichtung	45
2. Internetportal als kommunale öffentliche Einrichtung	48
3. Nutzung des Internet als Infrastruktur	49
II. Rechtliche Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung	51
1. Verfassungsrechtliche Garantie gemeindlicher Selbstverwaltung	52
a) Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	53
b) Politisch-demokratische Funktion gemeindlicher Selbstverwaltung	54
2. Auftrag zur Daseinsvorsorge und demokratischen Teilhabe nach Gemeinderecht	55
a) Daseinsvorsorge durch Information der Einwohner	56
b) Kommunikationsstrukturen unmittelbarer Demokratie	57
III. Prinzipielle Zulässigkeit nichtamtlicher Informationsangebote nach positivem Recht	59
1. Amtliche Informationen	60
2. Nichtamtliche Informationen im redaktionellen Teil des Amtsblatts	60
a) Zulässigkeit nach Kommunalrecht	60
aa) Bekanntmachungsrecht der Mehrzahl der Flächenländer	61
bb) Rechtslage in Baden-Württemberg	62
cc) Rechtslage in Bayern	64
dd) Information der Einwohner durch Telemedienangebote	65
ee) Inhalt und Gegenstand kommunaler Publikumsinformation	66
b) Zulässigkeit nach Presserecht und Telemedienrecht	69
3. Anzeigen (Inserate, Werbung)	70
a) Grundsätzliche Zulässigkeit von Anzeigen	71
b) Verbot von Anzeigen und Einschränkungen	72
IV. Zwischenergebnis	73

<b>C. Voraussetzungen, Reichweite und Grenzen kommunaler Informationsangebote</b>	<b>75</b>
I. Kompetenzen nach Gemeinderecht	75
1. Pflicht zur Unterrichtung der Einwohner	75
a) „Leben der örtlichen Gemeinschaft“ als Bezugsrahmen	76
b) Verhältnis zur gemeindlichen Öffentlichkeitsarbeit	77
2. Gemeindliche Öffentlichkeitsarbeit	78
a) Wandel des Begriffsverständnisses von Öffentlichkeitsarbeit	78
b) Rechtliche Grundlagen amtlicher Öffentlichkeitsarbeit	80
c) Funktionen amtlicher Öffentlichkeitsarbeit	81
d) Inhalt und Umfang gemeindlicher Öffentlichkeitsarbeit	83
e) Kategoriale Unterscheidung zwischen amtlicher Öffentlichkeitsarbeit und Pressetätigkeit	85
f) Formen und Varianten kommunaler Informationsangebote	88
II. Grenzen kommunaler Informationsangebote nach Gemeindegewirtschaftsrecht	90
1. Anwendbarkeit des Gemeindegewirtschaftsrechts	91
a) Maßgeblichkeit des Gemeindegewirtschaftsrechts	92
b) Privilegierung bestimmter gemeindlicher Aktivitäten	94
2. Rechtfertigung erweiterter Amtsblätter und Telemedienangebote durch einen öffentlichen Zweck	96
a) Förderung des Wohls der Einwohner	97
b) Erforderlichkeit der wirtschaftlichen Betätigung (Bayern, NRW)	99
c) Erweitertes Amtsblatt und Telemedienangebot als zulässige kommunalwirtschaftliche Betätigung	101
3. Schutz Dritter durch die Subsidiaritätsklausel	103
a) Gesetzliche Ausgestaltung der Subsidiaritätsklausel	103
b) Drittschützende Wirkung der Subsidiaritätsklausel	104
c) Normativer Gehalt der Subsidiaritätsklausel	106
d) Durchführung eines Markterkundungsverfahrens	109
e) Darlegungs- und Beweislast	112
f) Anwendung des Gemeindegewirtschaftsrechts auf kommunale Amtsblätter und Telemedienangebote	114
III. Grundrechtsschutz der Presse	117
1. Inhalt und Umfang der Pressefreiheit	118
a) Normativer Gehalt des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG	119

b)	Schutzwirkungen des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG . . . . .	121
c)	Normative Substanz der Institutsgarantie des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG . . . . .	123
2.	Schranken der Pressefreiheit . . . . .	128
a)	Pressefreiheit unter Schrankenvorbehalt . . . . .	129
b)	Verfassungsrechtliche Absage an einen absoluten Vorrang der Pressefreiheit . . . . .	130
c)	Anforderungen an den Grundrechtseingriff . . . . .	131
aa)	Grundrechtsschutz bei mittelbar-faktischen Eingriffen . . . . .	131
bb)	Szenarien abstrakter Gefährdung der Pressefrei- heit . . . . .	132
cc)	Anforderung der Eingriffsdogmatik: funktionales Äquivalent . . . . .	133
3.	Kommunale Publikumsinformation und publizistischer Wettbewerb . . . . .	135
a)	Notwendigkeit einer gesetzlichen Ermächtigungs- grundlage . . . . .	136
b)	Kommunalrecht als Schrankenregelung . . . . .	137
c)	Schutz von Presseverlagen gegenüber kommunaler Publikumsinformation . . . . .	139
<b>D.</b>	<b>Perspektiven: Rahmenbedingungen für den Vertrieb von     Amtsblättern und den Betrieb von Telemedienangeboten . .</b>	<b>141</b>
I.	Sachlichkeitsgebot und Neutralitätsgebot . . . . .	141
II.	Presserecht . . . . .	142
III.	Telemedienrecht . . . . .	143
1.	Transparenzanforderungen . . . . .	144
2.	Sorgfaltspflichten . . . . .	146
IV.	Datenschutzrecht . . . . .	146
V.	Wettbewerbsrecht . . . . .	148
<b>E.</b>	<b>Zusammenfassung in Thesen . . . . .</b>	<b>151</b>
	<b>Schrifttum . . . . .</b>	<b>157</b>
	<b>Anhänge . . . . .</b>	<b>167</b>